

Daniel Goffart

Steinbrück

DANIEL GOFFART

STEINBRÜCK
DIE BIOGRAFIE

HEYNE <



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
EOS liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

Redaktion: Ulrike Nikel, München

Copyright © 2012 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Umschlaggestaltung: Nele Schütz Design, München
Umschlagfoto: Daniel Biskup/laif
Satz: EDV-Fotosatz Huber/Verlagsservice G. Pfeifer, Germering
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pöbneck
Printed in Germany 2012
ISBN 978-3-453-20034-0

www.heyne.de

*Meinen Eltern Philipp und Marianne
in Liebe und Dankbarkeit gewidmet*

INHALT

Vorwort.....	9
Kapitel 1 »Geschätzte Gegnerin«	15
Kapitel 2 Kindheit in Ruinen.....	31
Kapitel 3 Vom Bürgersohn zum Genossen	47
Kapitel 4 Zwischen Dienen und Herrschen.....	73
Kapitel 5 Vom Beamten zum Politiker.....	105
Kapitel 6 Ein Nordlicht an Rhein und Ruhr	122
Kapitel 7 Das Schanghai-Syndrom.....	146
Kapitel 8 Immer wieder aufstehen.....	159
Kapitel 9 Schach dem Sponsor	178
Kapitel 10 Der Mythos vom Krisenmanager.....	189
Kapitel 11 Wieder ganz unten	207

Kapitel 12	Zurück im Ring	222
Kapitel 13	Der gefährliche Ritterschlag	245
Kapitel 14	Geliebte Heulsuse	259
Kapitel 15	Schon wieder eine Troika	277
Kapitel 16	Das heimliche Netzwerk	296
Kapitel 17	König von Deutschland	310
Dank		332
Bildnachweis		335

VORWORT

Warum ein Buch über Peer Steinbrück? Und nicht eines über Sigmar Gabriel oder über Frank-Walter Steinmeier? Der eine ist schließlich Vorsitzender der SPD, und der andere führt immerhin die sozialdemokratische Bundestagsfraktion. Dagegen ist Peer Steinbrück nur noch ein einfacher Abgeordneter ohne jedes weitere Amt.

Trotzdem gilt der Hamburger zu Recht als einer der vielfältigsten und interessantesten Politiker in den Reihen der SPD. Obwohl er zur Politikprominenz zählt und regelmäßig im Fernsehen auftritt, ist über sein wechselvolles Leben nur wenig bekannt. Steinbrück wuchs im hanseatischen Bürgertum auf und wurde Sozialdemokrat, er war Bundeswehroffizier und geriet in die Fänge des Verfassungsschutzes. Seine berufliche Karriere begann er nach dem Studium der Volkswirtschaft ganz bescheiden als Aushilfsreferent in Bonn. Dort diente er drei Ministern als Büchsen-spanner, Ratgeber und Kofferträger.

Es folgten noch vier Jahre als Büroleiter bei Johannes Rau, bis der fleißige Beamte Steinbrück schließlich aus den Kulissen heraustrat. Er wollte auf der politischen Bühne eine eigene Rolle spielen, nach Möglichkeit die Hauptrolle. Der Staatsdiener Steinbrück wurde zum Staatssekretär und Minister, später zum Landesvater und stellvertretenden Parteichef. Es gibt kaum ein Feld, das er in seinem langen politischen Leben nicht beackert hätte:

Umwelt und Energie, Städtebau und Infrastruktur, Wirtschaft und Verkehr, Bildung und Forschung sowie vor allen Dingen Haushalts- und Finanzpolitik. Der Erfolg als kantiger Krisenmanager der Großen Koalition bildete die Grundlage für sein gutes Image. Noch heute zehrt Steinbrück von dem Ruf, einer der wenigen Politiker zu sein, der wirklich etwas von der Sache versteht, für die er verantwortlich zeichnet.

Neben seinen zahlreichen politischen Betätigungen hat Steinbrück immer die Kraft aufgebracht, sich durch stetes Lesen und Forschen eine beeindruckende historische und literarische Bildung anzueignen. Daneben ist er ein begeisterter Cineast und ein maritimer Allrounder, dessen Kenntnisse über Marinegeschichte und Handelsseefahrt bis hin zum Modellschiffbau reichen. Seine ganze Leidenschaft aber gilt von Kindesbeinen an dem Schachspiel. Noch heute ist er stolz darauf, selbst Großmeistern im Spiel der Könige Paroli geboten zu haben.

Peer Steinbrück ist also ein vielschichtiger und faszinierender Mann. Doch im Gegensatz zu anderen Politikern kann man ihn nicht als gemütvollen Menschenfänger bezeichnen. Im Gegenteil: Sein Spott ist beißend, und seine Neigung zur Ironie wird ihm oft als Arroganz ausgelegt. Er ist intellektuell brillant, aber zugleich elitär und lässt das andere gelegentlich auch spüren. Steinbrücks Weg in die SPD führte über Willy Brandt und dessen Sehnsucht nach Freiheit und neuem Denken. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit und als Anwältin der kleinen Leute ist ihm die SPD bis heute fremd geblieben.

In seinem ausgezeichneten Buch *Unterm Strich* (Hoffmann und Campe, 2010) schreibt Steinbrück offen und pointiert über unbequeme Wahrheiten. Dabei schont er die Sozialdemokraten nicht.

»Je länger wir die Realität verweigern, desto höher werden nicht nur die Anpassungskosten«, warnt er bereits im Vorwort. »Je länger wir uns unseren Selbsttäuschungen überlassen, desto größer wird auch die Wahrscheinlichkeit, dass wir auf der Leiter der Wohlstandsregionen absteigen.«

Das war 2010. Inzwischen ist jedoch aus dem unbestechlichen Analytiker und Autor ein kühl berechnender und taktierender Kanzlerkandidatenaspirant geworden. Wenn er wirklich den Kampf um das wichtigste Regierungsamt der Republik gewinnen will, dann geht das eben nicht ohne die SPD – zumindest nicht ohne ein Mindestmaß an Wohlwollen und Unterstützung. Also muss sich der Kandidat im Wartestand auf die Genossen zubewegen. Das Ergebnis dieser Annäherung lässt sich in einigen wenigen Stichworten darstellen: höhere Steuern für »Reiche«, zusätzliche Steuern auf Vermögen, Korrekturen bei der Rente mit 67 oder Überprüfung der Agenda 2010, die Steinbrück jahrelang vehement verteidigt hat. Das sind nur einige Passagen aus dem Programm der SPD, das Steinbrück Wort für Wort mit unterschreiben muss. Von Konsolidierung – seinem Lieblingsbegriff als Finanzminister – ist dort nur am Rande die Rede.

Die spannende Frage lautet: Welcher Sozialdemokrat hätte wohl die besten Chancen gegen Angela Merkel? Von den drei Kandidaten der Troika wird Steinbrück noch am ehesten zugetraut, über den Kreis der SPD-Anhänger hinaus Zustimmung zu mobilisieren. Wer ihn bei seinen zahlreichen Auftritten in ganz Deutschland erlebt hat, der spürt, dass er beim bürgerlichen Publikum ungewöhnlich gut ankommt und auch enorme Chancen im wachsenden Lager der Nichtwähler hätte.

Wie sich die SPD entscheidet, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem dieses Buch abgeschlossen wird, völlig offen. Im

Sommer 2012 standen die Eurokrise und die sich zuspitzende Lage in Spanien und Italien im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Der Bundestag musste zu Sondersitzungen zusammentreten, um Hilfen für die spanischen Banken zu beschließen. Deutschland wird von der EU und den Finanzmärkten immer stärker in die Rolle des zahlenden Helfers gedrängt. Der Unmut darüber ist hierzulande mit Händen zu greifen. Viele Bürger fürchten, Geld in ein Fass ohne Boden zu werfen und am Ende sogar noch mit ihren eigenen Spareinlagen für die Schulden anderer Länder zu haften.

Auch bei den Regierungsfractionen CDU, CSU und FDP wächst die Zahl der Abgeordneten, die der Rettungspolitik der Kanzlerin nicht mehr folgen wollen. Bei der Abstimmung über den dauerhaften europäischen Rettungsfonds ESM im Juli 2012 verfehlte die Regierung im Parlament die sogenannte Kanzlermehrheit, erreichte also nicht die Mehrzahl der im Bundestag vorhandenen Stimmen. Angela Merkel scheint das nichts anhaben zu können – ihre Popularitätswerte stiegen im Sommer 2012 sogar noch an.

Und die SPD? Sie votierte mit der Regierung für den Rettungsfonds ESM. Das war verantwortungsbewusst. Langfristig jedoch begeben sich die Sozialdemokraten damit in eine Zwickmühle. Einerseits müssen sie als größte Oppositionsfraction die Regierung überwachen, kritisieren und selbst für Alternativen sorgen. Auf der anderen Seite können europäische Grundsatzentscheidungen wie etwa die Einrichtung eines milliardenschweren Rettungsfonds nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag beschlossen werden.

Unter der Führung von Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat sich die SPD zu einer staatstragenden Rolle bekannt und bei

den entscheidenden Abstimmungen stets zugestimmt. Dass sie damit der strauchelnden schwarz-gelben Regierung ein ums andere Mal die rettende Hand reicht, ist vielen SPD-Abgeordneten ein Dorn im Auge. »Wir sind nicht der Dackel von Frau Merkel«, schimpfte beispielsweise der Vorsitzende der Parlamentarischen Linken, Ernst Dieter Rossmann, in einem *Focus*-Interview im Juli 2012. In den Reihen der Sozialdemokraten mehren sich seitdem die Stimmen, die Steinmeier zu einem härteren Oppositionskurs zwingen wollen, weil man nur so zu einer Ablösung der Regierung und zu anschließenden Neuwahlen gelangen kann.

Bei all diesen Diskussionen halten sich SPD-Chef Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück erkennbar zurück. Gabriel wird nachgesagt, er wolle Steinmeier nicht hineinregieren, würde im Zweifel aber eher eine härtere Linie verfolgen.

Steinbrück hingegen kritisiert zwar die vielen Volten der Kanzlerin in der Europapolitik, tritt jedoch ebenso wie Steinmeier eher für einen konstruktiven Oppositionskurs ein. Dabei wird nicht erkennbar, wer in der Frage der Strategie und Taktik die Führung übernehmen möchte. Da sich die Troika darauf verständigt hat, die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur erst Ende Januar 2013 nach den Landtagswahlen in Niedersachsen zu treffen, wird wohl keiner der drei SPD-Politiker vorher aus der Deckung kommen.

Bis dahin kann der interessierte Leser in diesem Buch etwas mehr aus dem bewegten Leben von Peer Steinbrück erfahren. Ich habe versucht, den Menschen ebenso darzustellen wie den Politiker und dabei die Geschehnisse in den jeweiligen Kontext ihrer Zeit einzuordnen.

An dieser Stelle soll auch nicht verschwiegen werden, was ich selbst von der Hauptperson meines Buches halte: Peer Steinbrück

besitzt die Fähigkeit, das höchste Regierungsamt zu führen. Er »kann Kanzler«, kein Zweifel. Die entscheidende Frage ist nur, ob man ihn lässt.

Daniel Goffart
Berlin, im Juli 2012

»GESCHÄTZTE GEGNERIN«

Die Stimmung an Bord des Luftwaffen-Airbus *Konrad Adenauer* ist gelöst. Die noch aus DDR-Beständen stammende Regierungsmaschine hat ihre Reiseflughöhe erreicht. Die Anschallzeichen sind erloschen. Stewardessen in Bundeswehruniformen bringen Getränke und Snacks. Die zahlreichen Regierungsmitarbeiter und Journalisten, die die Delegation begleitet haben, atmen durch. Jetzt noch gut acht Stunden Flug und die Reise ist geschafft.

Auch die Kanzlerin und ihr Bundesfinanzminister nutzen den langen Rückflug, um etwas Luft zu holen, legen in den bequemen Konferenzsesseln des Flugzeugs kurz die Beine hoch. In dem Luftwaffenjet gibt es neben einem eigenen Schlafzimmer mit Dusche für die Kanzlerin ein Büro mit abhörsicherem Satellitentelefon und mehrere Besprechungsräume. Die Arbeitstische und Telefone an Bord werden häufiger genutzt als das schmale Bett. Die Kanzlerin und ihre Minister sind schließlich immer im Dienst.

Hinter Angela Merkel und Peer Steinbrück liegen drei anstrengende Tage beim G-20-Gipfel in Pittsburgh. US-Präsident Barack Obama hatte die Regierungschefs und Finanzminister der wichtigsten Industrienationen und Schwellenländer Ende September 2009 eingeladen, um über Konsequenzen aus der Finanzkrise zu beraten. In Deutschland findet an diesem Wochenende die Bundstagswahl statt. Normalerweise wären die Kanzlerin und ihr

sozialdemokratischer Minister zu diesem Zeitpunkt unmittelbar vor der Wahl nicht mehr gemeinsam aufgetreten. Stattdessen hätten sie sich wohl gegenseitig im Endspurt der Kampagne attackiert. Doch auf den deutschen Wahlkampf nehmen weder Barack Obama noch die Planungsstäbe im Weißen Haus Rücksicht. Und so kommt es, dass Merkel und Steinbrück bis zum buchstäblich letzten Tag der Legislaturperiode eng zusammenarbeiten müssen – und erst am Tag der Wahl die gemeinsamen Regierungsgeschäfte niederlegen und auseinandergehen.

Trotz der gewaltigen Herausforderungen durch die Finanzkrise ist es gut gelaufen in den letzten vier Jahren der Großen Koalition in Deutschland. Dieses Gefühl haben beide, Merkel wie Steinbrück, auf diesem gemeinsamen letzten Dienstflug nach Berlin. Noch in der Rückschau wird die Große Koalition gut beurteilt werden – besser sogar als zum Zeitpunkt ihres Bestehens und auffallend oft übrigens von Vertretern der Wirtschaft.

Die Wahl für diesen dritten G-20-Gipfel war 2009 auf Pittsburgh gefallen, weil Obama der Welt dort im provinziellen Pennsylvania demonstrieren wollte, wie der erfolgreiche Wandel von einer alten Stahl- und Eisenstadt zum modernen Dienstleistungszentrum funktioniert. Die Deutschen kennen die Schmerzen industrieller Umbrüche. Ihr Pittsburgh heißt Nordrhein-Westfalen. Peer Steinbrück ist viel durch den »Kohlenpott« gereist, wie das Ruhrgebiet früher genannt wurde. Nach wie vor kann er aus dem Stehgreif lange Geschichten über den schwierigen Strukturwandel an Rhein und Ruhr erzählen.

Die Parallelen zu Pittsburgh liegen auf der Hand: Über mehr als ein Jahrhundert lang hatten Wirtschaft und Politik fast ausschließlich auf Kohle und Stahl gesetzt. Als der Preisverfall auf den Weltmärkten einsetzte und ein rasanter Wandel zur digitalen Dienst-

leistungsgesellschaft den Stolz der traditionsreichen Montanindustrie brach, geriet eine ganze Region binnen weniger Jahre ins Abseits.

Auch für Angela Merkel, Steinbrücks künftige Gegnerin, sind Umbrüche zum festen Bestandteil ihres Lebens geworden. Der Kollaps der gesamten DDR-Wirtschaft nach der Wende hatte die promovierte Physikerin regelrecht geschockt. Besonders bitter war für die Ostdeutsche die Erkenntnis, dass eine ganze Industrie im scharfen Wind des Wettbewerbs über Nacht praktisch wertlos wurde. Das berührte nicht nur die Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit der Menschen, sondern verletzte zugleich ihren Stolz. Merkel und Steinbrück wissen also beide, wovon sie reden, wenn es um Strukturwandel und die damit verbundenen Härten geht. Auch in Analyse und Lösung dieser Probleme sind sie sich aller parteipolitischen Differenzen zum Trotz bis heute prinzipiell einig: Auf Dauer kann kein Staat mit Subventionen den Wandel in Wirtschaft und Technik aufhalten. Doch für staatliche Übergangshilfen haben Merkel und Steinbrück gleichermaßen gekämpft. Manche dieser Gelder sind entgegen erster Absicht sogar sehr lange geflossen. Ob Kohlesubventionen, Werfthilfen oder die vielen Milliarden für den Aufbau Ost – in allen diesen Fällen lagen Merkel und ihr Kassenwart Steinbrück stets auf einer Linie. Selbst im komplizierten Fall Opel waren beide bereit, dem traditionsreichen Autobauer unter die Arme zu greifen, bis die US-Mutter General Motors schließlich den Versuch aufgab, den deutschen Steuerzahler für ihre Managementfehler in Rüsselsheim zur Kasse zu bitten.

Doch Steinbrück plagten auf diesem Rückflug vom G-20-Gipfel nach Berlin ganz andere Sorgen als Strukturprobleme oder Subventionsfragen. Wenn er zur vorausberechneten Ankunftszeit

um 7.10 Uhr auf dem militärischen Teil des Flughafens Tegel landet, hat sein politischer Schicksalstag begonnen. An diesem Sonntag, dem 27. September 2009, waren über 62 Millionen Bürger zur Wahl des Deutschen Bundestags aufgerufen. Noch in Pittsburgh hatte Steinbrück kurz mit seinen Leuten zu Hause im Willy-Brandt-Haus telefoniert. Die Nachrichten aus der modernen Parteizentrale im Berliner Stadtteil Kreuzberg klangen alles andere als beruhigend. Ausweislich der letzten Umfragen steuerte die SPD auf ein äußerst mageres Ergebnis zu. Nach fast allen Berechnungen würden die Sozialdemokraten klar unter 30 Prozent landen. Wenn überhaupt noch etwas Hoffnung bei ihm keimte, dann nur wegen der auffallend hohen Zahl von Unentschlossenen. Fast ein Viertel der Leute hatte sich laut Umfragen bislang nicht festgelegt. Sie würden ihre Entscheidung wohl erst in der Wahlkabine fällen oder auf dem Weg dorthin. Konnte es also an diesem Sonntag einen »Last-Minute-Swing« zugunsten der SPD geben?

Im Regierungsflugzeug auf dem Rückweg nach Berlin liegen dicke Mappen aus, prall gefüllt mit frischen Agenturmeldungen und Ausschnitten aus deutschen Zeitungen. Egal wo sich die Spitzenpolitiker heutzutage aufhalten; stets werden sie selbst in der Luft oder in den entferntesten Winkeln der Welt mit einem nie abreißenden Strom aus Meldungen und Presseveröffentlichungen gefüttert. Diese sogenannten »Sonderunterrichtungen« des Bundespresseamts sollen die Regierungsmitglieder immer auf dem aktuellsten Nachrichtenstand halten. Manche der per Fax oder E-Mail gelieferten Artikel werden nur überflogen, andere hingegen Zeile für Zeile studiert. Wichtiger noch als die gedruckten Meldungen, Analysen und Kommentare sind die Zusammenfassungen der Fernsehnachrichten. Wer als Politiker

abends zur besten Sendezeit in Millionen Wohnzimmer vordringen kann, der hat es geschafft – zumal im Schlusspurt eines Bundestagswahlkampfes.

Für Steinbrück ist die Lektüre der »Sonderunterrichtung« auf diesem Rückflug vom G-20-Gipfel alles andere als erbaulich. In den Artikeln der großen Zeitungen dominieren zwei Themen: die bevorstehende Bundestagswahl und die gerade erst beendete Konferenz der G-20. Keines der beiden Themen hebt Steinbrücks Stimmung. Für die SPD daheim sieht es nicht gut aus, und in den »Gipfel«-Berichten der Zeitungen und Nachrichtenagenturen kommt der Finanzminister neben der Kanzlerin nur am Rande vor.

Im Alltag der Großen Koalition hatte Steinbrück stets akzeptiert, dass Merkel als Regierungschefin die Hauptrolle spielte. Immerhin war es ihm als Finanzminister während der Krise zwischen 2005 und 2009 gelungen, die bedeutendste Rolle im Kabinett neben der Kanzlerin einzunehmen. Im letzten Drittel der Legislaturperiode entwickelte sich der Absturz an den Finanzmärkten zum alles beherrschenden Thema. Schon allein deshalb wurde Steinbrück überall als tragende Säule der schwarz-roten Bundesregierung wahrgenommen. Eigentlich war er so etwas wie der gefühlte Vizekanzler. Neben ihm stand Frank-Walter Steinmeier als Außenminister zunehmend weniger im Rampenlicht. Selbst seine Spitzenkandidatur im Bundestagswahlkampf 2009 konnte an dieser Wahrnehmung und an der informellen Rangordnung innerhalb der Kabinetthierarchie wenig ändern.

Das kam nicht von ungefähr. Peer Steinbrück verfügte schon immer über ein äußerst robustes Selbstbewusstsein. Nur selten billigt er anderen Politikern die gleiche intellektuelle Flughöhe zu, auf der er sich normalerweise wähnt. Dennoch hat er – wohl zu

seiner eigenen Überraschung – gelernt, die Kanzlerin im Laufe der gemeinsamen Regierungsjahre zu respektieren, ja, sie ganz im Stillen sogar zu achten.

Die Art und Weise, wie die Naturwissenschaftlerin Merkel politische Sachverhalte durchdringt, gleicht der Sicht- und Arbeitsweise des gelernten Volkswirts Steinbrück sehr. Beide gehen systematisch vor und entscheiden nach rationalen Erwägungen. Beide verachten ideologische Argumente, vor allem wenn sie Vernunftgründe verdrängen, was in der parteipolitischen Auseinandersetzung leider viel zu oft vorkommt. Ebenso wie Merkel ist auch Steinbrück ein Politiker, der sich an Fakten und nüchterner Analyse orientiert. Zudem sind beide hochintelligent und von ihrer Persönlichkeitsstruktur her norddeutsch kühl, auch wenn die gemeinsame Geburtsstadt Hamburg gewiss nur ein Zufall ist.

Doch bei der Lektüre der Pressemappe einen Tag vor der Bundestagswahl sinkt Steinbrücks Laune ebenso wie seine grundsätzlich positiven Gefühle für Merkel. Während die Kanzlerin in den Medien mit ihrer verhaltenen G-20-Erfolgsbilanz und ihrer in Deutschland stets populären Kritik am angelsächsischen Finanzgebaren breit zitiert wird, fällt Steinbrücks Name nur im Zusammenhang mit dem größten Misserfolg des Gipfels: Es ist den Deutschen in Pittsburgh nämlich nicht gelungen, ihre Idee von einer globalen Finanzmarkttransaktionsteuer durchzusetzen. Das Projekt, verkürzt »Börsensteuer« genannt, stellte zwar während der vergangenen Legislaturperiode eine Forderung der gesamten schwarz-roten Bundesregierung dar. Weil es sich aber zuvorderst um eine Steuer handelt, wurde meistens der Bundesfinanzminister damit in Verbindung gebracht. Einen Tag vor der Wahl ein ärgerlicher Umstand für Steinbrück.

Vor allem die USA und Großbritannien mit ihren Börsenplätzen New York und London hatten sich auf dem G-20-Gipfel in

Pittsburgh vehement gegen die Forderung der Kontinentaleuropäer gesperrt, ähnlich wie bei der Mehrwertsteuer künftig jede Finanzmarkttransaktion zu besteuern – diesen Widerstand haben sie bis heute nicht aufgegeben. Die Idee für eine solche Steuer war entstanden, weil nach Ausbruch der Krise 2008 fast alle Industriestaaten händeringend nach Einnahmen suchten. Schließlich mussten die astronomischen Summen zur Rettung der taumelnden Banken ebenso aufgebracht werden wie die vielen Milliarden für Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft. Im Wahlkampf 2009 war der stellvertretende SPD-Vorsitzende Steinbrück deshalb schon lange vor der G-20-Konferenz nicht müde geworden, den griffigen Plan von der Finanzmarkttransaktionsteuer zu propagieren. »Die Banken müssen ihren Teil zu den Rettungskosten beisteuern«, hatte Steinbrück bei jeder Gelegenheit erklärt. Schließlich trage der Finanzsektor die Hauptschuld an der Krise, und »deren Folgen kann man nicht alleine beim Steuerzahler abladen«.

Diese Botschaft passte hervorragend in das politische Umfeld der Bundestagswahl von 2009, und bei der nächsten Wahl 2013 wird das nicht anders sein: Erstens scheint es nur gerecht und plausibel, den in weiten Teilen der Bevölkerung verhassten Banken endlich einmal an den Kragen zu gehen. Und zweitens macht es sich gerade für Sozialdemokraten im Wahlkampf immer gut, von den reichen Hedgefonds-Managern und Spekulanten einen Teil der Rettungskosten einzufordern. Dass am Ende alle Bankkunden, also auch der berühmte »Bürger auf der Straße«, diese Steuer bei jedem kleinen oder großen Bankgeschäft mit bezahlen müssten, geht im politischen Streit um dieses Instrument leicht unter.

Allerdings will nicht nur die SPD mit der Börsensteuer punkten. Auch Merkel entdeckte nur zwei Jahre nach dem Ende der

Großen Koalition den politischen Charme der Börsensteuer als Gerechtigkeitsfrage neu. Inzwischen tritt die Kanzlerin energisch dafür ein, eine Reihe von Finanztransaktionen in der gesamten Europäischen Union zu besteuern. Falls das nicht möglich sein sollte, will sie die Börsensteuer eben nur innerhalb der Eurozone oder im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit mindestens acht weiteren Ländern einführen. Eine Strategie, die zeigt, wie stark die Kanzlerin eigentlich in zentralen politischen Fragen mit Steinbrück übereinstimmt. Die Besteuerung der Banken als gerechter Ausgleich ist ein hochaktuelles Thema geblieben, und Merkel ist mittlerweile viel zu erfahren im politischen Geschäft, um dieses Thema allein den Sozialdemokraten zu überlassen.

Bei der zweiten Pressemappe, die Steinbrück an diesem letzten gemeinsamen Arbeitstag mit Angela Merkel auf dem Rückflug nach Berlin durchliest, geht es um den Endspurt im laufenden Wahlkampf. Auch diese Berichte heben seine Laune nicht. Die SPD befindet sich im September 2009 in einer fast verzweifelten Lage. Die Umfragen der führenden Institute haben Zustimmungswerte zwischen frustrierenden 25 und 28 Prozent ermittelt.

Dagegen liegen CDU/CSU mit 32 bis 38 Prozent deutlich vorne und führen während der gesamten Kampagne das Ranking unter den beiden Volksparteien an. Die FDP als erklärter Wunschpartner eines »bürgerlichen Bündnisses« kann sich mit 9 bis 12 Prozent sogar über eine ungewöhnlich hohe Zustimmung freuen. Die Liberalen profitieren anscheinend stark von der Enttäuschung, die sich 2009 in konservativen Kreisen sowie im wirtschaftlich orientierten Mittelstand über Merkels Modernisierungspolitik breitgemacht hat. Eine schwarz-gelbe Regierung

erscheint also an diesem Wahlsonntag durchaus möglich. Dagegen fehlt der SPD jede Machtperspektive.

Wie konnte es dazu kommen?

Die gesamte SPD-Parteispitze hatte schon zu Beginn des Wahlkampfes ganz auf rot-grüne Erneuerung gesetzt und für die Bundesebene eine Koalition mit der Partei »Die Linke« eindeutig ausgeschlossen. Das konnte man später nicht mehr korrigieren, selbst wenn viele bei SPD und Grünen den Verzicht auf die rot-rot-grüne Option als politische Selbstfesselung ablehnten. Allerdings war der entsprechende Versuch von Andrea Ypsilanti, nach der knapp verlorenen Hessen-Wahl im Februar 2009 mithilfe der Linken doch noch an die Macht zu kommen, desaströs gescheitert. Einige aufrechte Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion hatten sich damals standhaft geweigert, den Wortbruch ihrer Vorsitzenden Ypsilanti in die Tat umzusetzen. Außerdem war und ist für Steinmeier wie für Steinbrück eine Kooperation mit der SED-Nachfolgepartei auf Bundesebene nicht denkbar – in welcher Form auch immer.

Also setzte die SPD 2009 nach diversen Führungswechseln und Turbulenzen an der Parteispitze ganz auf ihre verbliebenen Topleute: Auf den krisenerprobten Finanzminister Steinbrück, den damals noch populären Parteichef Franz Müntefering und den vertrauenswürdigen Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Im Gegensatz zu anderen Dreierbündnissen wurde dieses Trio allerdings nie als »Troika« bezeichnet. Die drei Männer bildeten eher eine informelle Führungsgemeinschaft. Mit ihr sollte die Sozialdemokratie als tatkräftige, wirtschaftsfreundliche Partei mit sozialem Gewissen wieder auf Erfolgskurs steuern. Doch alle Hoffnungen, die sich in dem eckigen Wahlkampflogan *Anpacken. Für unser Land* bündelten, wurden früh enttäuscht. Neben der Hessen- ging auch die Europawahl mit ernüchternden 20,8

Prozent für die SPD verloren – das »Superwahljahr 2009« begann also ziemlich schlecht. Überhaupt gelang es der SPD während der gesamten Bundestagskampagne nie, in den Umfragen nur annähernd zur CDU/CSU aufzuschließen. Bei Licht betrachtet durfte Steinbrück an seinem letzten Amtstag der abgelaufenen Legislaturperiode also bloß noch darauf hoffen, dass Schwarz-Gelb die erforderliche Mehrheit verfehlte. Dann könnte die SPD zusammen mit Merkel wenigstens die Große Koalition fortsetzen.

Zwischenzeitlich hatte es mehrere Versuche gegeben, neben den Grünen zusätzlich die FDP ins Boot zu holen, falls es für Schwarz-Gelb nicht reichen würde. Doch alle »Ampelambitionen« Steinmeiers waren an der Standhaftigkeit der Liberalen und ihres damals noch starken Vorsitzenden Guido Westerwelle gescheitert. Die FDP hatte sogar zwei Wochen vor der Wahl auf einem Parteitag ausdrücklich beschlossen, lieber in die Opposition zu gehen, als einer rot-grün-gelben Koalition beizutreten. Da war also offenkundig nichts mehr zu machen.

Entsprechend missmutig legte Steinbrück deshalb die aktuellen Artikel über den zu Ende gehenden Bundestagswahlkampf beiseite. Wenn es nach ihm ginge, würde er in der Konstellation mit der Union gerne als Finanzminister weiterregieren. Das hat er natürlich nie laut sagen dürfen, aber insgeheim hoffte und hofft Steinbrück, dass sich diese Perspektive doch noch bieten könnte. Und wäre es in der derzeitigen Krise nicht ohnehin am besten, eine stabile Regierung mit erfahrenen Ministern und breiten Mehrheiten zu bilden?

Mit Merkel blieb er als Finanzminister selbst in den kritischsten Augenblicken immer auf einer Linie. Gemeinsam beschworen sie die US-Regierung, nach dem Investmentbankhaus Lehman Brothers nicht auch noch den taumelnden Versiche-

rungskonzern AIG fallen zu lassen. Und ebenfalls gemeinsam entschieden sie nach langen Gesprächen mit dem damaligen Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, nicht sämtliche Kreditinstitute in Deutschland zur Annahme staatlicher Mittel zu zwingen. Und das, obwohl die USA und die Wall Street die europäischen Regierungen massiv dazu drängten.

Auch die Rettung der angeschlagenen Commerzbank und die Enteignung der völlig überschuldeten Hypo Real Estate (HRE) setzten Merkel und Steinbrück in gewaltigen politischen Kraftakten durch – gegen enorme Widerstände in den beiden Koalitionsparteien. Bei der zwingend notwendigen Enteignung der HRE beispielsweise legte sich der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble lange Zeit quer: Er lehnte die Überführung privaten Aktienkapitals in Volkseigentum aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ab – wie viele andere in der Union, die sich aus Prinzip schwer damit taten, einer Zwangsenteignung zuzustimmen. So etwas passte eher zum Sozialismus und zur untergegangenen DDR als zu bürgerlichen Parteien.

Für Steinbrück hatte es jedoch damals keine Alternative zur Enteignung mehr gegeben. Sonst wäre es ihm nämlich nicht gelungen, die staatliche Kontrolle über die HRE zu erlangen und so deren Zusammenbruch zu verhindern. Er wollte eben kein deutsches »Lehman Brothers« provozieren. Die HRE war vor der Krise zwar kaum jemandem bekannt, spielte aber wegen ihrer starken Bedeutung im Pfandbriefgeschäft durchaus eine systemische Rolle. Ihr Zusammenbruch hätte zu einer schockartigen Kettenreaktion geführt.

Falls Innenminister Schäuble sich damals durchgesetzt und das Enteignungsgesetz verhindert hätte, wäre Steinbrück als Finanzminister zurückgetreten. Er gab das der Kanzlerin auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit Schäuble klar zu erkennen.

Am Ende entschied sich Merkel für ihren sozialdemokratischen Krisenmanager und gegen ihren christdemokratischen Innenminister. So etwas würde es in anderen Koalitionen wohl nicht mehr geben, das spürte Steinbrück schon damals.

Selbst im Wahlkampf 2009 kam ihm deshalb kein schlechtes Wort zu Merkel über die Lippen. Seine auffallend geringe Angriffslust gegen die Kanzlerin führte Steinbrück in einem *Spiegel*-Interview mit Markus Feldenkirchen und Roland Nelles (15.6.2009) auf seine besondere Rolle als Finanzminister zurück. Er trete schließlich mit Merkel auf großen Finanzgipfeln auf, und »wir geben gemeinsam Patronatserklärungen für deutsche Sparer ab«, erklärte er mit Nachdruck und innerer Überzeugung. Außerdem bemühe man sich »gemeinsam um ein gutes Krisenmanagement. Und dann soll ich plötzlich meine ganze Artillerie auf sie richten? Da kommen die Leute doch zu dem Ergebnis: Der Steinbrück ist gaga geworden.« Auch seine öffentlich geäußerte Auffassung, dass Merkel sich in der Krise als »gute Kanzlerin« erwiesen habe, nahm der Finanzminister während des Wahlkampfes 2009 nie zurück. »Ich habe an dem Urteil keine Änderung vorzunehmen.«

Während Steinbrück im Flugzeug auf der letzten Dienstreise von Pittsburgh nach Berlin noch über die gerade abgelaufene Regierungszeit mit der Kanzlerin sinniert, kommt Merkels damaliger Regierungssprecher Ulrich Wilhelm auf ihn zu. Ob er kurz mit in den hinteren Teil der Maschine gehen wolle, um mit den dort sitzenden Medienvertretern zu sprechen? Die Kanzlerin beabsichtige, den Journalisten ein paar abschließende Worte zum G-20-Gipfel zu sagen, so Wilhelm. Und Frau Merkel würde sich natürlich freuen, wenn der Finanzminister mitkäme.

Diese Begegnungen im Regierungsflugzeug sind für die begleitenden Journalisten oft der wichtigste Programmpunkt während

der offiziellen Delegationsreisen. Hier bietet sich in der Regel die einzige Möglichkeit, abseits der minutiös durchgeplanten Tagesprogramme länger und ungestört mit der Regierungschefin oder den wichtigsten Ministern zu sprechen. Fast immer sind diese Gespräche vertraulich, also als Hintergrundinformation gedacht – man darf die Politiker später bei der Berichterstattung nicht direkt zitieren. Dieser Nachteil wird allerdings dadurch aufgewogen, dass Merkel und die Regierungsmitglieder in solchen Runden zumeist etwas freier sprechen und nicht nur ihre üblichen Sprachschablonen präsentieren. Hinzu kommt, dass sich auf den Reisen im Laufe der Tage oft eine gewisse Vertraulichkeit einstellt. Außerdem kennt man sich: Die sogenannte »Begleitpresse« der Kanzlerin besteht aus einem festen Stamm ausgesuchter Berliner Politikkorrespondenten. Auch die drangvolle Enge im Besprechungsraum des Flugzeugs – einige Journalisten müssen aus Mangel an Sitzgelegenheiten auf dem Fußboden Platz nehmen – befördert eine Art schicksalhaftes Gemeinschaftsgefühl.

Wenn man wissen will, was die Kanzlerin wirklich über andere Staatschefs, über Parteifreunde oder wichtige politische Vorgänge denkt, dann erfährt man es hier, zumindest andeutungsweise. Denn obwohl sie sich überwiegend vorsichtig ausdrückt, können die Journalisten aus ihrer Mimik und aus ihrer Wortwahl oft die richtigen Schlüsse ziehen. Außerdem verfügt Merkel über eine feine Ironie und die Fähigkeit, das oft gockelhafte Gehabe ihrer meist männlichen Amtskollegen in aller Welt humorvoll zu imitieren. Wenn sie gut aufgelegt ist, bietet sie recht unterhaltsame – und oft allzu menschliche – Einblicke in die Welt der eitlen Spitzenpolitiker.

Nicht immer lädt die Kanzlerin zum ausführlichen Hintergrundbriefing in den Besprechungsraum im vorderen Teil des Flugzeugs. Will sie die Sache kurzhalten, dann geht sie selbst zu

den Journalisten im hinteren Teil des Luftwaffen-Airbus, stellt sich in den Mittelgang, sagt ein paar Worte und steht für Fragen so lange zur Verfügung, bis sie keine Lust mehr hat, sich weiter ausquetschen zu lassen.

Auch beim Rückflug vom G-20-Gipfel wählt Merkel die »Steh«-Variante. Sie betritt den Kabinenteil für die Medien zuerst, Steinbrück folgt ihr, dann der Regierungssprecher. Weil der Platz im Gang zwischen den Sitzen eng ist, muss Steinbrück entweder hinter Merkel stehen oder sich weiter nach vorne durchdrängeln. Wer ihn kennt, weiß, dass ein Hanseat wie er niemals auf die Idee käme, jemandem im wörtlichen Sinne zu eng auf den Leib zu rücken. Das gilt erst recht, wenn es um den gebotenen, respektvollen Abstand zur Kanzlerin geht – Wahlkampf hin, Wahlkampf her. So viel Anstand muss trotzdem sein. Also bleibt Steinbrück hinter der Chefin stehen, kann aber wegen der lauten Fluggeräusche in der Kabine weder verstehen, was Merkel sagt, noch was die Journalisten fragen.

Die Kanzlerin spricht ein paar Worte, merkt allerdings schnell, dass sich Steinbrück akustisch im Abseits befindet. In der für sie typischen, unpräzisen Art winkt sie ihren Kassenwart zu sich heran. »Kommen Sie mal lieber vor, Herr Steinbrück, sonst versteht Sie ja keiner«, fordert sie den Finanzminister auf. Der lässt sich nicht zweimal bitten. So geschieht es, dass Merkel und Steinbrück einen Tag vor der Bundestagswahl noch einmal das Bild eines eingespielten, erprobten Politikerpaars abgeben: Schulter an Schulter, eng aneinandergedrückt wie gute Kumpel oder wie Kollegen, die beim letzten Betriebsausflug für einen lockeren Schnapsschuss posieren.

Auch inhaltlich passt bei diesem Zusammentreffen über den Wolken kein Blatt Papier zwischen die CDU-Chefin und den

stellvertretenden SPD-Vorsitzenden. Beide bewerten den Gipfel in gleicher Weise und präsentieren die gleichen Vorschläge, wenn es um künftige Rezepte zur Krisenbekämpfung geht. Zuerst spricht Merkel und fordert anschließend Steinbrück auf. »Wenn der Finanzminister noch etwas ergänzen will ...« Der leitet dann sein Statement mit der Versicherung ein, dass die Kanzlerin bereits das Wesentliche gesagt habe und er lediglich eine Kleinigkeit hinzufügen werde.

Am Ende wirkt dieser letzte gemeinsame Auftritt fast wie eine Verbrüderungsszene. Während unten am Boden die Wahlkampfschlacht tobt, geben die Feldherren hoch oben in luftiger Höhe noch einmal ein Bild vertrauter Harmonie ab. Die Journalisten merken das. Prompt wird Merkel gefragt, ob es ihr denn nicht leidtäte, je nach Wahlausgang einen so tüchtigen Finanzminister zu verlieren. Die Kanzlerin schmunzelt. Natürlich hat sie den Braten gerochen. Reagiere nie auf »Was-wäre-wenn-Fragen« lautet eine eiserne Regel für Politiker. Sie antwortet deshalb ausweichend. »Darüber entscheide ja nun nicht mehr ich, sondern der Wähler«, meint die Regierungschefin. Um weiteren Fragen vorzubeugen, bedankt sie sich bei den Medien für ihr Interesse, dreht sich abrupt um und nimmt im Weggehen ihren Finanzminister mit. »Kommen Sie, Herr Steinbrück, jetzt ist es genug.«

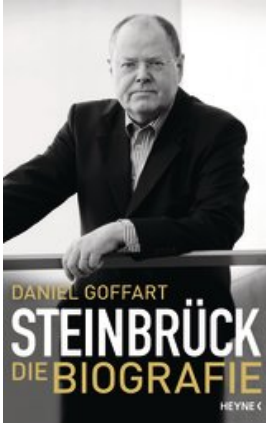
Der so Angesprochene kann sich jedoch einen letzten Kommentar nicht verkneifen. Er grinst, bleckt die Zähne und zeigt den Journalisten sein Haifischlächeln. Das tut er immer, wenn er kritische oder gar tückische Fragen aus professioneller Sicht zwar anerkennt, sie aber eigentlich nicht beantworten will. Manchmal schafft er es sogar, die Medienvertreter mit seiner grimmigen Miene einzuschüchtern. An seinem letzten Amtstag gelingt ihm das nicht mehr. Die Frage, ob Merkel die drohende Abwahl ihres tüchtigen Finanzministers bedauern würde, hat ja durchaus ei-

nen realen Hintergrund. Steinbrück, der Krisenmanager der Kanzlerin, plötzlich als Pensionär? »Das hätten Sie wohl gerne«, lacht Steinbrück, »warten Sie's doch einfach ab!«

KINDHEIT IN RUINEN

Die furchtbaren Spuren der »Operation Gomorrha« haben sich über Jahrzehnte in das Antlitz der Freien und Hansestadt Hamburg gegraben. Der Name des britischen Kommandounternehmens war mit Bedacht gewählt: So wie Gott im biblischen Buch Mose Schwefel und Feuer auf Sodom und Gomorrha regnen ließ, um die beiden Orte zu vernichten, so bombardierte die Royal Air Force im Juli 1943 die alte Hafenstadt an der Elbe mit Zehntausenden Luftminen und Brandbomben. Nach fünf Angriffswellen in der Nacht und zweien am Tag mit mehr als 700 Flugzeugen waren weite Teile des alten Stadtbilds für immer ausgelöscht. Fast 35 000 Menschen fanden in dem Inferno den Tod, über 125 000 wurden verletzt, viele lebensgefährlich. Der Historiker Malte Thießen schrieb später in einer Studie zum Gedenken an die »Operation Gomorrha«, die Juli-Angriffe seien wegen der bis heute sichtbaren Zerstörungskraft »als kollektiver Fixpunkt im städtischen Gedächtnis verankert« geblieben.

Als Peer Steinbrück am 10. Januar 1947 in Hamburg geboren wird, prägen die Verheerungen des Zweiten Weltkriegs noch überall das Gesicht der Stadt. Ganze Straßenzüge bestehen nur aus hohlen, verbrannten Fassadenresten, in denen die verkohlten, scheibenlosen Fensterlöcher wie blicklose Totenaugen in den Skeletten der ausgebrannten Häuser wirken. Zehntausende Ham-



Daniel Goffart

Steinbrück - Die Biografie

ORIGINALAUSGABE

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 336 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-453-20034-0

Heyne

Erscheinungstermin: November 2012

Er ist kantig, klug und krisenerprobt. Ist er der nächste Kanzler?

Peer Steinbrück ist der Oppositionspolitiker mit der größten Zustimmung, er ist populärer als seine Partei. Er gilt schon jetzt als Kanzlerkandidat der SPD, den Segen von Helmut Schmidt und Gerhard Schröder hat er bereits. In seinem Buch erklärt Daniel Goffart den Politiker, aber auch den Menschen Peer Steinbrück und enthüllt bislang unbekannt Details aus dem Leben des Mannes mit der »klaren Kante«.

Peer Steinbrück war Ministerpräsident und Bundesfinanzminister, er ist einer der beliebtesten Politiker Deutschlands. Viele haben seinen nervenstarken Auftritt bei Ausbruch der Finanzkrise in guter Erinnerung und schätzen seine kantige, unverblümete Art. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass er 2013 für das Kanzleramt kandidiert. Doch Steinbrück hat für die SPD noch nie eine Wahl gewonnen, er scheiterte schon zweimal am Willen des Wählers. Bis heute fremdelt er und hadert mit seiner Partei, hatte sich eigentlich fest vorgenommen, der großen Politik den Rücken zu kehren. Doch jetzt ist er zurück, will die SPD erneut an die Macht bringen. Was bewegt Peer Steinbrück? Warum gibt er den geplanten Rückzug auf und wirft sich erneut in die Schlacht? Daniel Goffart erzählt eindrucksvoll aus dem Leben Peer Steinbrücks und zeigt einen Mann, der Niederlagen nicht nur wegsteckt, sondern in einzigartige Comebacks verwandelt.